



Thüringer Allgemeine - Sondershausen und Artern vom 27.04.2026, Seite 1 / Titel

## Transparenz in Gefahr

### **Kritik aus der Hacker-Szene an geplantem Entlastungsgesetz: Vereine warnen vor Einschnitten von Bürgerrechten.**

Elena Vogel

**Erfurt** Mehrere zivilgesellschaftliche Organisationen stellen sich gegen das Entlastungsgesetz der Thüringer Landesregierung. Der Chaos Computer Club, Hackspace Jena, Wikimedia Deutschland und die Open Knowledge Foundation Deutschland kritisieren, dass der aktuelle Gesetzentwurf das Thüringer Transparenzgesetz spürbar abschwächen würde.

Kern der Kritik ist die geplante Änderung an der Transparenzplattform des Landes: Bislang sollten Behörden bestimmte Dokumente dort veröffentlichen, damit Bürgerinnen und Bürger Einblick in amtliche Unterlagen erhalten. Die Thüringer Brombeer-Koalition aus CDU, BSW und SPD will diese Pflicht in eine Kann-Regelung umwandeln. Künftig könnten Behörden also selbst entscheiden, ob sie Dokumente einstellen – oder nicht.

Die Vereine warnen, dass der Zugang zu Informationen damit unzuverlässig und lückenhaft werden könnte. „Ein Transparenzgesetz, das auf freiwilliger Befüllung basiert, ist faktisch kein Transparenzgesetz mehr“, erklärt Jens Kubieziel, Vorsitzender des Vereins Hackspace Jena.

Auch der Chaos Computer Club stellt sich gegen die Pläne und kritisiert zugleich die bisherige Umsetzung des Transparenzgesetzes. Das Thüringer Transparenzportal sei zwar der zentrale Ablageort für Infos, „dümpelt aber seit Jahren vor sich hin – mit langen Ladezeiten und einer schwierigen Benutzerführung“. Zudem sei mit durchschnittlich nur 78 jährlich eingestellten Dokumenten vergleichsweise wenig veröffentlicht worden.

Der Hackspace Jena und der Chaos Computer Club fordern einen Ausbau des Thüringer Transparenzportals. Dazu solle in eine zeitgemäße Technik investiert werden: „Mit akzeptablen Ladezeiten und mehr verfügbaren Dokumenten würden Nutzwert und Akzeptanz des Portals deutlich erhöht.“

Zuvor hatte bereits Thüringens Landesdatenschützer Tino Melzer die Pläne der Landesregierung kritisiert. „Unter dem Deckmantel der Entbürokratisierung soll ein Rückschritt im Hinblick auf Transparenz erfolgen und kein Fortschritt. Das finde ich bedenklich“, sagte Melzer. Auch die geplante Kann-Bestimmung lehnt Melzer ab. „Entbürokratisierung ja, Beschränkung der Bürgerrechte nein“, so der Datenschützer.

Die Landesregierung hält trotz Kritik an ihrem Kurs fest. „Der Entwurf des Entlastungsgesetzes ist ein erster Schritt in Richtung Verwaltungsmodernisierung“, sagt Innenstaatssekretär Norman Müller (SPD).

Zeitlich, sächlich und örtlich befristete Erprobungsmodelle ermöglichen es, rasch wirksame Optionen für spätere Gesetzgebung zu testen – „unter Wahrung rechtsstaatlicher Prinzipien“ – und zugleich Wege zu einer effizienteren und transparenteren Verwaltung aufzuzeigen. „Wir können natürlich weiterhin viel über Bürokratierückbau diskutieren oder aber auch mal anfangen.“

*Wir können über Bürokratieabbau diskutieren oder mal anfangen.* Norman Müller (SPD) Staatssekretär




*Elena Vogel*

<b>Quelle:</b>	Thüringer Allgemeine - Sondershausen und Artern vom 27.04.2026, Seite 1
<b>Jahrgang:</b>	2026
<b>Ressort:</b>	Titel
<b>Ausgabe:</b>	Sondershausen und Artern
<b>Dokumentnummer:</b>	D35BF3548BF99FC15D1DBD78B1B9E53E_7814619

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:**

[https://bib-jena.genios.de/document/TA\\_\\_4422050daf7c1c3748007f70ac274835f3c0fd2f](https://bib-jena.genios.de/document/TA__4422050daf7c1c3748007f70ac274835f3c0fd2f)

Alle Rechte vorbehalten: (c) FUNKE Thüringen Verlag GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH